



BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Themenfeld

„Rechte älterer Menschen“

Alle Fragen und die vollständigen Antworten der Parteien

Einleitung

Die meisten älteren Menschen leben selbstständig und bringen ihre Kompetenzen in unterschiedlicher Art und Weise in die Gesellschaft ein. Die BAGSO wendet sich gegen die Vorstellung, man könne bestimmte Aufgaben nur bis zu einem gewissen Alter übernehmen. Es gibt aber auch Lebensphasen, meist am Ende des Lebens, in denen Menschen stärker auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Vor allem für dieses verletzliche Alter braucht es einen angemessenen rechtlichen Schutz.

Frage an die Parteien

- **Wie stehen Sie zu einer Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes und zu einer Erweiterung des Schutzes vor Altersdiskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für den Bereich von Privatgeschäften (z.B. Kfz-Versicherungen, Darlehensvergabe)?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU setzen sich für Gleichbehandlung ein und wenden sich gegen jede Form der Diskriminierung. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Alter, Geschlecht und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Alle Menschen und alle Altersgruppen sind bereits heute umfassend im Grundgesetz geschützt. Die Aufnahme des Merkmals Lebensalter in das Grundgesetz liefe dem grundgesetzlichen Konzept eines umfassenden Grundrechtsschutzes zuwider. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen verringert und beseitigt. Das Ziel von CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

SPD

Wir setzen uns aktiv gegen die altersbedingte Diskriminierung ein und unterstützen die verfassungsmäßige Verankerung des Diskriminierungsverbots. Einer Anpassung der AGG stehen wir skeptisch entgegen. Denn das Alter gehört bereits jetzt zu den Merkmalen, die durch das AGG geschützt werden. Niemand darf wegen seines Alters benachteiligt werden. Das gilt auch für die Schuldverhältnisse.

FDP

Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zum Schutz vor Altersdiskriminierung, wie er bereits durch europäisches und auch nationales Recht gewährleistet ist. Insbesondere der Schutz älterer Menschen ist ein Thema, dem wir uns verstärkt angenommen haben. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat z. B. den Antrag „Maßnahmenpaket gegen die finanzielle Ausbeutung älterer Menschen“ (BT-Drs. 19/15254) eingebracht. Wir fordern zudem die Abschaffung diskriminierender Altersgrenzen. Gesetze und Satzungen mit beschränkenden Altersgrenzen sollen auf ihren möglichen diskriminierenden Charakter hin überprüft und eine Aufhebung oder Anpassung soll nach sach- und leistungsgerechten Kriterien vorgenommen werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, permanent zu prüfen, ob die getroffenen Maßnahmen noch ausreichend sind, um ältere Menschen vor Diskriminierung zu schützen, oder ob diese angepasst werden müssen.

DIE LINKE

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden – unabhängig von ihrem Lebensalter, ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Dementsprechend befürworten wir eine Erweiterung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz (Artikel 3) um die Merkmale „Lebensalter“ und „sexuelle Orientierung“. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen und ein Verbandsklagerecht sowie eine Erweiterung des Diskriminierungsschutzes im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

B 90/Die Grünen

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wollen wir GRÜNE zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln, das Schutzlücken endlich

schließt, Klagen gegen Diskriminierung für Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann. Dabei unterstützen wir den horizontalen Ansatz, wonach Diskriminierung aus allen im Gesetz genannten Gründen, also auch wegen des Alters, im ganzen Bereich von Privatgeschäften verboten werden sollte. Einer Erweiterung der speziellen Diskriminierungsverbote, die eine Reaktion des Grundgesetzes auf die NS-Zeit sind, um das Verbot der Altersdiskriminierung bedarf es angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes in Art.3 Abs.1 GG auf der Ebene des Grundgesetzes (anders als auf der Ebene des AGG) dagegen nicht.

Frage an die Parteien

- **In der Corona-Pandemie wurden speziell im Bereich stationärer Wohnformen Grundrechte teilweise in unzulässiger Weise eingeschränkt. Wie können und sollen solche Rechtsverletzungen künftig verhindert werden und wie kann, auch in Krisenzeiten, Mitbestimmung der Betroffenen sichergestellt werden?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Beim Schutz der Bevölkerung und insbesondere besonders gefährdeter Gruppen bei einer Pandemie dürfen Grundrechte temporär und nur insoweit eingeschränkt werden, wie es für eine unmittelbare Abwehr von Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist. Auch CDU und CSU bereitete die Situation in den Alten- und Pflegeheimen und die Isolation der älteren Menschen während des Lockdowns große Sorge. Dies war einer der Gründe, dieser Bevölkerungsgruppe im Rahmen der Impfkampagne größte Priorität einzuräumen. Mittlerweile ist die ältere Generation, die zu der am meisten durch Covid-19 gefährdeten Risikogruppe gehört, zum größten Teil geimpft und somit geschützt. Darüber hinaus wurden in den Einrichtungen Vorkehrungen getroffen, die zum einen Besuche ermöglichen und zum anderen durch umfängliche Hygiene- und Testmaßnahmen zum Schutz der vulnerablen Gruppen vor weiteren Infektionen beitragen. CDU und CSU werden alles daransetzen, dass sich eine solche Situation, wie sie zu Zeiten des Lockdowns eintrat, nicht wiederholt.

SPD

Die Abwägung zwischen dem berechtigten Interesse auf körperliche Unversehrtheit und dem Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung – das hat die Corona-Pandemie gezeigt – ist nicht einfach und oftmals abhängig von den individuellen lokalen Gegebenheiten. Daher gilt für uns der Grundsatz, so viel zu ermöglichen, wie vertretbar. Das kann und sollte am besten vor Ort entschieden werden. Denn dort kann auch am besten auf die Wünsche der Betroffenen eingegangen und können diese einbezogen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund dabei seine Möglichkeiten nutzt, um die Einrichtungen und Akteure vor Ort bestmöglich zu unterstützen, damit Freiheiten so weit wie möglich beibehalten werden können. Dazu zählt v.a. die Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung, Test- und Impfkapazitäten.

FDP

Die Freien Demokraten haben sich immer konsequent dafür eingesetzt, auch in der Corona-Pandemie die Grundrechte zu wahren. Insbesondere die harten und langen Einschränkungen für die Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen der Altenpflege haben wir kritisiert. Vor allem, weil gleichzeitig zu wenig getan worden ist, um die betroffenen Menschen zu schützen. Mit dem Antrag "Rechtsstaat in der Corona-Krise verteidigen – Bürger- und Freiheitsrechte bewahren" (BT-Drs.19/19009) hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag bereits sehr früh auf diese Probleme hingewiesen und kontinuierliche und kritische Überprüfungen aller grundrechtseinschränkenden Maßnahmen gefordert.

DIE LINKE

In allen Kommunen und allen Einrichtungen muss es für Senior*innen spezielle Schutzkonzepte geben. Schutzausrüstungen, Testkapazitäten und zusätzliches Personal sind vorzuhalten oder vorrangig bereit zu stellen. Das gilt auch im ambulanten Bereich. Alle Einrichtungen sind verpflichtet, WLAN-Verbindungen anzubieten, um soziale Isolation zu verhindern. In Pandemieplänen sind Besuchskonzepte und auch in einer epidemischen Lage verfügbare Begegnungszonen verbindlich zu regeln und öffentlich zu finanzieren. Heimkontrollen dürfen nicht ausgesetzt werden. Heimbeiräte und Angehörige müssen an der Erarbeitung von Schutzkonzepten aktiv beteiligt werden.

B 90/Die Grünen

Wir GRÜNE haben uns dafür ausgesprochen, dass in der Pandemie Quarantäneregelungen nicht mehr gesamte Einrichtungen betreffen sollen, sondern das individuelle Risiko der Bewohner*innen berücksichtigen müssen. Menschen mit höherem Risiko, etwa durch Vorerkrankungen, sind besser zu schützen. Soziale Kontakte müssen auch im Quarantänefall möglich sein und entsprechende Angebote ausgebaut werden. Dafür sind Testkapazitäten und Schutzausrüstung bereit zu stellen. Einrichtungen sollen Pandemiebeauftragte ernennen, die mit der Erarbeitung, Umsetzung und Kontrolle von Pandemiekonzepten beauftragt sind. Kreise sollten regionale Kriseninterventionsteams zusammenstellen, die beispielsweise bei Ausbrüchen in Pflegeheimen eingreifen. Menschen am Lebensende und deren Angehörigen und Freund*innen muss es ermöglicht werden, auch ohne Schutz und Beschränkungen voneinander Abschied nehmen zu können.

Frage an die Parteien

- **Gewalt in Pflegebeziehungen ist ein tabuisiertes und wenig erforschtes Thema. Fachleute fordern daher neben Beratungs- und Entlastungsangeboten auch präventive Interventionsmöglichkeiten von Behörden und Gerichten. Was plant Ihre Partei zum Schutz von Menschen in verletzlichen Lebenssituationen?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Für CDU und CSU ist die Menschenwürde von besonderer Bedeutung. Das kommt gerade dann zum Tragen, wenn die geistigen und körperlichen Kräfte im Alter nachlassen und der Mensch in vielfältiger Hinsicht auf die Unterstützung seiner Mitmenschen angewiesen ist. Angesichts steigender Zahlen alter und pflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinanders. Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege weiter verbessern, indem wir diese als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen. CDU und CSU haben mit der besseren Bezahlung für Pflegekräfte, Entlastung Pflegebedürftiger und Stärkung der Pflegeversicherung schon wichtige Schritte zur Stärkung der Pflege unternommen – auch im Hinblick auf eine Prävention gegen Gewalt in der Pflege. Wir setzen uns ein, diesen Weg intensiv

weiterzuverfolgen und neben besseren Rahmenbedingungen in der Pflege auch Qualitätsmanagement, Transparenz sowie Konzepte zur Gewaltprävention voranzubringen. Grundsätzlich wollen wir dem Opferschutz ein stärkeres Gewicht in der polizeilichen und justiziellen Aus- und Weiterbildung geben. Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung stärken und einen Rechtsanspruch auf kostenlose Opferhilfe umsetzen. Auch unser Strafrecht wollen wir noch mehr auf den Opferschutz ausrichten.

SPD

Der Schutz von Pflegebedürftigen vor Gewalt ist eine wichtige Aufgabe aller beteiligten Akteure. Wir wollen die Gewaltprävention in der Ausbildung und in der Praxis verankern und die Teilnahme an Balint-Gruppen anbieten, wo sie die Schwierigkeiten reflektierend aufarbeiten können. Die Leistungserbringer werden verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Zudem werden wir durch die Verbesserung der Personalbemessung die Belastung reduzieren, die oft der Gewalt zu Grunde liegt.

FDP

Gewalt innerhalb von Nähe- und Vertrauensbeziehungen ist ein leider nach wie vor verbreitetes Phänomen. Für uns steht hierbei der Schutz der Betroffenen durch präventive Maßnahmen im Fokus. Damit Behörden und Gerichte ihrer Schutzfunktion jedoch hinreichend nachkommen können, fordern wir zum einen deren personelle und sachliche Ausstattung zu verbessern und zum anderen auch, dass die dort handelnden Personen hinreichend geschult werden, um Gefährdungslagen frühzeitig erkennen und entsprechend handeln zu können.

DIE LINKE

DIE LINKE will eine offene und öffentliche Debatte über Gewalt in der Pflege. Verhältnisbedingte und verhaltensbezogene Gewaltursachen sind darin zu unterscheiden. Arbeitsverdichtung durch Personalmangel begünstigt ebenso Gewalt wie die persönliche Überforderung einer Pflegekraft oder eine dementielle Beeinträchtigung. Die Debatte muss flächendeckend in Gewalt vermeidende Maßnahmen münden. In der Sozialraumplanung sind die Rahmenbedingungen im Kiez zu schaffen und bedarfsgerecht zu finanzieren: aufsuchende Beratung, nachbarschaftliche Assistenz- und Unterstützungsleistungen, niedrigschwellige, digitale Kommunikationswege. Grundlegend sind jedoch gute Arbeitsbedingungen für mehr Personal, Investitionen in Entlastungs- und Unterstützungsangebote für pflegende

Angehörige und die Verankerung menschenrechtlicher Maßstäbe von Selbstbestimmung, Autonomie und Teilhabe auch für pflegebedürftige Menschen in der ganzen Gesellschaft.

B 90/Die Grünen

Der Schutz von pflegebedürftigen Menschen muss oberste Priorität haben. Wir GRÜNE setzen uns für eine gute pflegerische Versorgung ein, die sich an den individuellen Bedarfen und Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientiert. Umfragen zeigen, wie sehr der Personalmangel in der Pflege die Qualität der Versorgung beeinträchtigen kann und den Druck auf die Pflegekräfte erhöht. Die Attraktivität des Pflegeberufs muss dringend verbessert werden, vor allem auch durch mehr Wertschätzung und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Schon lange fordern wir ein verbindliches Personalbemessungsinstrument in der Pflege und eine zügige und verbindliche Einführung. Eine Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf der Patient*innen ausrichtet und so eine gute Pflegequalität sicherstellt, kann zugleich Stress und Überlastungssituationen entgegenwirken. Auch eine gute Ausbildung ist wichtig, um einer Deprofessionalisierung entgegenzuwirken. Denn sie versetzt Pflegekräfte in die Lage, situationsadäquat zu agieren und Drucksituationen professionell zu handhaben.

Frage an die Parteien

- **Um die Rechte älterer Menschen zu stärken, hat die Europäische Union im Herbst 2020 die Ratsschlussfolgerungen „Menschenrechte, Teilhabe und Wohlergehen älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“ verabschiedet. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die EU-Ratsschlussfolgerungen umzusetzen?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Die Digitalisierung soll auch älteren Mitbürgern das Leben einfacher machen. Wir wollen für viele Bereiche bundesweit einsetzbare Apps und digitale Hilfsmittel entwickeln lassen und für Sicherheit, auch in der digitalen Welt, sorgen. Wir wollen allen ermöglichen, schnell und sicher im Internet unterwegs zu sein und gleichzeitig eine mündige Entscheidung über die Nutzung der eigenen Daten zu

treffen. Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen Chancen der Digitalisierung zum Wohle pflegebedürftiger Menschen zu nutzen. So kann Digitalisierung in der Pflege durch die Weiterentwicklung technischer Assistenz- und Warnsysteme älteren Menschen mehr Sicherheit und Eigenständigkeit geben. Pflegekräfte sollen durch den digitalen Fortschritt spürbar entlastet werden, indem beispielsweise digitale Infrastrukturen ausgebaut und Pflegedokumentationen erleichtert werden. Wir wollen weitere 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung in der Pflege bereitstellen. Die Digitalisierung, der Einsatz von Smart-Home-Technologien sowie der Einsatz modernster Roboter sind eine enorme Chance für eine hohe Lebensqualität im Alter und die Entlastung der Pflegekräfte. Wir wollen das Ehrenamt mit der digitalen Welt zusammenbringen und setzen deshalb auf ehrenamtliche Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter. Sie geben ihre digitale Expertise ehrenamtlich weiter und tragen so mit dazu bei, dass die Digitalisierung in der Breite der Gesellschaft im Alltag ankommt.

SPD

Die Ratschlussfolgerungen sind eine wichtige Messlatte zur Stärkung der Rechte Älterer auf der europäischen Ebene. Die SPD setzt sich dabei v.a. für eine konsequente Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte in der Praxis ein. Um die Lebensbedingungen aller Europäer*innen zu verbessern und um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa zu erreichen. Um eine angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir uns deshalb für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein. Wichtige politische Maßnahmen in Deutschland sind dafür die Stabilisierung der gesetzlichen Rente sowie ein Update für die Gesundheit und in der Pflege. Gerade die Corona- Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine adäquate Finanzierung und die Digitalisierung des Gesundheitssektors – gerade für ältere Menschen – sind. Daher wollen wir die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen. Der barrierefreie Zugang zu digitalen Angeboten muss dabei immer mitbedacht werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen zum Beispiel das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren und Zuverdienstgrenzen abschaffen, so dass Teilrenten unkompliziert möglich sind. So ermöglichen wir eine flexible Teilhabe

am Arbeitsmarkt auch für Ältere. Zudem wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten.

DIE LINKE

Wir wollen Heimbeiräte in den Senior*inneneinrichtungen grundsätzlich mit Internetanschluss und der notwendigen Hardware ausrüsten, damit sie ihre Aufgaben im Interesse der Bewohner*innen durchführen können. Digitale Teilhabe ist eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Besonders während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass für Senior*innen die digitale Teilhabe wichtig ist, um mit Freunden und Familie in Kontakt bleiben zu können, egal ob sie noch in ihrer eigenen Wohnung leben oder in einer Betreuungseinrichtung.

B 90/Die Grünen

Im Kontext der Pandemie betont der Rat Chancen, aber auch die potenziellen Risiken für ältere Menschen in einer digitalisierten Welt. Im „Grünbuch zum Thema Altern“ gab die Kommission den Rechten von älteren Menschen ein eigenes Kapitel. Mitgliedstaaten sollen in der Vorbeugung chronischer Krankheiten, der Gesundheitsförderung und der Erarbeitung langfristiger gesundheitspolitischer Strategien mit Schwerpunkt Digitalisierung unterstützt werden. Nach dem Lebensverlaufsansatz kann das Altern aller Generationen und in allen Lebensphasen, etwa über die Förderung eines gesunden und aktiven Alterns und die Steigerung der Widerstandsfähigkeit unserer Gesundheits- und Pflegesysteme erfolgen. Im Europäischen Sozialausschuss forderten wir GRÜNE, Pflege stärker als Gemeinschaftsaufgabe wahrzunehmen, dazu gehören etwa die Stärkung ambulanter Pflege und Serviceleistungen vor Ort. Beim Ausbau der tatsächlichen Unterstützungsstrukturen muss die Digitalisierung sich einbinden. Hier kommt kommunalen Akteuren eine wichtige Rolle zu.

Frage an die Parteien

- **Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention und wie setzt sie sich darüber hinaus dafür ein, die Menschenrechte Älterer weltweit zu stärken?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen, kommunal, national und international ist für CDU und CSU ein prioritäres Ziel, das wir auch auf internationaler Ebene weiterverfolgen werden.

SPD

Die SPD unterstützt die Forderungen der Verbände und Expert*innen nach einem verbindlichen Instrument zum besseren Schutz der Rechte von Senioren weltweit. Wir wollen die Lücken schließen, die der Bericht des Hochkommissariats für Menschenrechte in Bezug auf diese Rechte aufgezeigt hat. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag Argentiniens, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die konkrete Maßnahmen ausarbeitet, um diese Lücken zu schließen, und setzen uns für eine weltweite kohärente Menschenrechtspolitik ein.

FDP

Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit dringender denn je ist. Dabei ist es wichtig, den Menschenrechtsschutz von besonders gefährdeten Gruppen zu stärken und auf ihre besonderen Bedürfnisse zuzuschneiden. In der aktuellen Covid-Pandemie sind Menschenrechte insgesamt international stärker unter Druck geraten. Die Pandemie hat aber gerade auch gezeigt, wie sich in der akuten Krisensituation für Ältere das Risiko von Ungleichheit, Diskriminierung und Einschränkung ihrer Freiheits- und Menschenrechte erhöht. Als Freie Demokraten unterstützen wir deshalb internationale Bemühungen, die Umsetzung und Achtung der Menschenrechte von älteren Menschen zu stärken und stehen dem Anliegen einer UN-Altenrechtskonvention positiv gegenüber. Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

DIE LINKE

DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach einer UN-Altenrechtskonvention. Die bereits bestehenden UN-Menschenrechtskonventionen decken zwar teilweise schon den Bereich der Senior*innen mit ab, aber bei weitem nicht alles.

B 90/Die Grünen

Menschenrechte sind universell und unteilbar. Sie sind für uns der rote Faden grüner Politik. Dabei folgen wir GRÜNE einem rechtebasierten Ansatz, der das Individuum ins Zentrum rückt. Durch die konzeptionelle Weiterentwicklung von Menschenrechten können konkrete Belange gestärkt und sichtbar gemacht werden. Auch die Kodifizierung der Rechte älterer Personen im Rahmen einer UN-Konvention kann aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte leisten. Sie wäre ein wichtiger Schritt, um die Rechte älterer Menschen besser zu schützen und Diskriminierung im Alter entgegenzuwirken. Das gilt sowohl auf individueller Ebene als auch für Diskriminierung durch Institutionen oder Gesetze und vor allem auch mit internationaler Reichweite.

Herausgeber

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49

53111 Bonn

Telefon 0228 / 24 99 93-0

kontakt@bagso.de

www.bagso.de

facebook.com/bagso.de

twitter.com/bagso_de